

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 63 (1969)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : viel Lärm um Europa ; Tschechoslowakei und europäischer Sozialismus ; Israel im Umbruch ; Sozialistische Gegenkräfte ; Um Israels Zukunft

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«*Verschwörung*»*. Das Bild der amerikanischen Gesellschaft, zu dem James Hepburn das Material in mühsamer und ohne Zweifel auch gefährlicher Forschungsarbeit in den Jahren 1965 bis 1968 gesammelt hat, trägt nicht wenig dazu bei, das «Image», das Amerika in der Welt von sich zu erhalten wünscht, zu zerstören. War schon der Untersuchungsbericht zum Präsidentenmord, der sogenannte Warren-Report, von niemandem in Amerika ernst genommen worden, ausser vielleicht von jenen Kreisen, die daran interessiert sind, ihre Fiktion des Attentatsablaufs aus Gründen der Staatsraison aufrecht zu erhalten, so ist die Ermordung Senator Robert Kennedys und Martin Luther Kings vollends eine Bestätigung des Eindrucks, dass man es in den heutigen USA mit einem schwer angeschlagenen staatlichen Organismus zu tun hat. Die gewissenhafte Analyse James Hepburns weist auf Ursachen der Zersetzung hin — den Vietnamkrieg unter anderen, der auch das Hauptübel, das Nebeneinander und gegenseitige Abstossen nicht integrierter rassischer oder sozialer Schichten und Gruppen in akuter Form in Erscheinung treten lässt. Präsident Kennedy, der einen ernsthaften Versuch wagte, diese Krankheitserscheinungen am Volkskörper zu bekämpfen und dabei mit den Interessen mächtiger Wirtschaftskreise in Konflikt geriet, erlag, wie Hepburn überzeugend darstellt, einer Verschwörung eben dieser Interessen. Robert Kennedy, der als Justizminister durch seinen Kampf gegen die Korruption Einblick in den Dschungel der wirtschaftlichen Interessenkämpfe gewonnen hatte, war das nächste Opfer. Vorauszusehen ist, auf Grund der Hepburnschen Analyse, dass auch bei dieser Untersuchung der Verschwörungscharakter dieses Attentats vertuscht werden wird.

Die Herausgabe dieses Buches ist eine Tat. Dank der schonungslosen Blossenstellung amerikanischer wirtschaftlicher und sozialer Antagonismen, die in ihrer spannungsreichen Schilderung an einen Kriminalroman erinnert, leistet J. Hepburn einen wertvollen Beitrag zur notwendigen Kenntnis der politischen Gegenwart.

WELTRUNDSCHE

Viel Lärm um Europa

Die letzten Wochen waren von ausnehmend viel Presse- und Radiolärm über die *Europafrage* erfüllt. Zuerst wurde durch die Bonner Regierung im besonderen die Berlinfrage ganz planmäßig wieder hochgespielt. Das ging bis in die letzten Tage hinein und wird noch eine Zeitlang weitergehen. Zwischenhinein schmetterte Herr de Gaulle in bekannt selbstherrlicher Art seine (vorläufige) Absage an die Westeuropäische Union den in London versammelten Diplomaten auf den Tisch. Und gleich danach entwickelte er vor dem britischen Botschafter in Paris seine alten, phantastischen Ideen über die Zukunft Westeuropas und entfesselte dadurch eine höchst gereizte öffentliche Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Grossbritannien, die aber seither wieder stark abgeklungen ist. Dass de Gaulle nach seinem Bruch mit der NATO, der europäisch-amerikanischen «Verteidigungsgemeinschaft», nun auch die Westeuropäische Union (WEU) zu sprengen unternimmt, mutet zwar etwas seltsam an, ist doch die WEU seinerzeit (1954) gerade auf den Wunsch Frankreichs geschaffen worden, um die

* James Hepburn: «*Verschwörung*». — Die Hintergründe des politischen Mordes in den USA. 384 Seiten. Leinen. DM 22.—. Econ-Verlag GmbH., Düsseldorf-Wien.

westdeutsche Wiederaufrüstung etwas zu zügeln. Aber da diese Absicht eben an der Entschlossenheit der Bundesrepublik scheiterte, die Landkarte Osteuropas umzukrempeln, hat die WEU für Paris ihre Bedeutung so ziemlich verloren und wurde dafür mehr und mehr ein Ort, an dem die Angelegenheiten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und namentlich die Frage von Englands Beitritt zur EWG verhandelt werden konnten. Und da der französische Staatspräsident eben England um keinen Preis «in dem Ding» haben will, so benützte er eine Tagung der WEU, dem «perfiden Albion» einen neuen Stoss ans Bein zu geben. Die Londoner Regierung vergalt das prompt damit, dass sie die Äusserungen de Gaulles gegenüber dem britischen Botschafter an die grosse Glocke hängte und damit die ganze Idee eines natürlich von Frankreich zu beherrschenden Westeuropas, mit einem Direktorium der vier Grossmächte (Frankreich, England, Westdeutschland, Italien) an der Spitze, vor der Weltöffentlichkeit aufs neue lächerlich machte.

Die Welt ist seither freilich über den Zwischenfall weg zur Tagesordnung übergegangen, auf der im Augenblick, wie gesagt, wieder einmal Berlin obenan steht. Anlass dazu bot der Bonner Plan, den Nachfolger des westdeutschen Bundespräsidenten Lübke, der vor seinem vorzeitigen Rücktritt noch schnell eine Afrikareise gemacht hat, ausgerechnet in Westberlin wählen zu lassen. Diesen Plan hat die Bonner Regierung zwar von Herrn Gerstenmaier übernommen, der sich dabei als Präsident der Wahlbehörde, der Vereinigten Bundesversammlung, wieder einmal so recht in Szene zu setzen gehofft hatte. Aber dahinter standen natürlich in erster Linie hochpolitische Spekulationen der westdeutschen «Staatsmänner». Einerseits wollte man mit der Gewohnheit, das westdeutsche Parlament auch in Westberlin tagen zu lassen, der förmlichen Eingliederung der Stadt in die Bundesrepublik ein weiteres Stück vorwärts helfen. Anderseits wollte man die Sowjetunion (und Ostdeutschland) zu scharfen Gegenmassnahmen herausfordern und dadurch die Vereinigten Staaten auf die in letzter Zeit etwas zweifelhaft gewordene Linie einer vorbehaltlosen Unterstützung der westdeutschen Außenpolitik zurückzwingen, also die russisch-amerikanische Zusammenarbeit recht gründlich stören.

Der schöne Plan ist nun aber leider zu Wasser geworden. Die sowjetisch-ostdeutschen Massnahmen gegen die Wahl des westdeutschen Präsidenten in der «freien Stadt» Westberlin sind trotz dem heftigen Papierkrieg recht massvoll ausgefallen, und auch aus einem Verzicht der Bundesrepublik auf die Wahl in Westberlin gegen ostdeutsche Zugeständnisse für einen gelockerten Verkehr zwischen West- und Ostberlin ist nichts geworden. Indem die DDR als ersten Akt das Fallenlassen des Wahlplans verlangte und dafür nur, wie in früheren Jahren auch schon, freie Besuchsreisen von Westberlinern in den Ostteil der Stadt für die Ostertage anbot, zwang sie Westberlin und Bonn förmlich zum Festhalten am ursprünglichen Plan und machte es dem amerikanischen Präsidenten Nixon leicht, auf seiner Blitzreise durch Westeuropa die Bundesrepublik und Westberlin an Ort und Stelle der unwandelbaren Treue der Vereinigten Staaten im

Kampf um die Freiheit Westberlins zu versichern, wobei er es aber peinlich vermied, die Bundesdeutschen und die Westberliner gegen die Sowjetunion scharfzumachen.

So konnte denn die Wahl des westdeutschen Bundespräsidenten in Westberlin äusserlich programmgemäß vonstatten gehen. Gewählt wurde, wie man weiss, der sozialdemokratische Kandidat *Gustav Heinemann*, bisher Justizminister der Bundesrepublik, wenn gleich sein Gegner, Wehrmachtsminister Schröder, nur um wenige Stimmen hinter ihm zurückblieb. Das ist immerhin erfreulich, so wenig sich auch die beiden Kandidaten und Ministerkollegen in der Regierung der «Grossen Koalition» bei allen Grundsatzfragen von einander unterschieden. Man kann zwar sagen, der Bundespräsident habe in Westdeutschland politisch nicht viel zu sagen; er sei fast nur Repräsentationsfigur. Das ist schon richtig; aber hinter den Kulissen haben Heinemanns beide Vorgänger – Theodor Heuss und der unaussprechliche Heinrich – doch allerhand zu wirken und zu verhindern vermocht. Und nicht unwichtig ist besonders auch der ganze Geist, in dem der eine oder der andere Mann sein eher sinnbildhaftes Amt ausfüllt. Heinemann ist denn auch sicher der Vertreter eines anderen Westdeutschlands, als es der konservative Machtpolitiker Schröder ist. So widerstandslos Heinemann in den letzten Jahren die ganze, von Grund auf verfehlte Innen- und Aussenpolitik der Bonner Republik mitgemacht hat, so bleibt doch unvergessen und ist kennzeichnend für ihn, dass er vor Jahren den Mut fand, zum Protest gegen Adenauers Wendung zur militärischen Wiederaufrüstung aus der Bundesregierung zurückzutreten und seine politische Laufbahn aufs Spiel zu setzen, während Herr Schröder seinerzeit Nationalsozialist wurde – nicht aus Gesinnung, sondern um seine Karriere nicht zu verderben . . .

Ob wohl Heinemanns Wahl ein Vorbote kommender Verschiebungen in der westdeutschen Politik ist, die nach einem sozialdemokratischen Erfolg bei den Bundestagswahlen vom Herbst dieses Jahres eintreten könnten? Man weiss es nicht; doch ist es ganz unwahrscheinlich, dass auch im Fall einer Vorherrschaft der Sozialdemokraten innerhalb einer neuen «Grossen Koalition» diejenige Umkehr der westdeutschen Gesamtpolitik eintreten wird, die schon so lang fällig ist. Auch die Europapolitik der anderen Gross- und Kleinmächte wird sich in absehbarer Zeit kaum viel wandeln, so viel jetzt, namentlich im Zusammenhang mit Präsident Nixons Besuch in unserem alten Erdteil, von solchen Wandlungen die Rede ist. Doch sei darauf heute nicht mehr eingetreten; es ist ja auch alles noch ganz im Fluss oder höchstens in den Anfängen einer Neueinstellung. Ich beschränke mich deshalb darauf, den Hauptteil dieser Weltrundschau zwei Fragen zu widmen, die viel besser zu überschauen sind als die verschiedenen Möglichkeiten einer Lösung der Europafrage, und die auch viel brennender sind als diese: der Entwicklung der Dinge in der Tschechoslowakei und damit im Ostblock überhaupt und dem Stand der Israelfrage, bei der es wirklich um Sein oder Nichtsein des so leidenschaftlich umkämpften Judenstättens geht.

Tschechoslowakei und europäischer Sozialismus

In der Tschechoslowakei geht die «Normalisierung» verhältnismässig ruhig, aber planmässig weiter. Die Regierung hat zwar von der Sowjetunion einige Zugeständnisse in bezug auf das Verhalten der Besetzungsarmee erlangt, aber eben doch nur als kleine Gegenleistung für die brave Erfüllung der Moskauer Befehle, auf der die Russen hart und kalt bestehen. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Unschädlichmachung der «antisozialistischen Kräfte», deren «unheilvolles Treiben» nach Moskauer Auffassung den Einmarsch der Warschau-Pakt-Truppen nötig gemacht habe. Was können die Breschnew, Suslow, Kossygin usw. Besseres erwarten? Es erspart ihnen die offene Vergewaltigung der Tschechoslowakei, die sonst unvermeidlich gewesen wäre...

Dass all dies nur Oberflächenerscheinungen sind, die den inneren Widerstand der Volksmehrheit nicht zu brechen vermögen, ist aber nur zu klar. Im Rückblick auf die ganze Entwicklung der Dinge seit dem «Prager Frühling» von 1968 tritt das noch deutlicher hervor. Vergesse man vor allem nicht, dass es den Trägern der Reformbewegung nicht nur auf den Sturz des halbstalinistischen Regimes Novotny ankam, dass vielmehr der Aufbau einer freiheitlich-sozialistischen Ordnung von Staat und Wirtschaft ihr Ziel war. Das Programm, das im April 1968 das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei angenommen hatte, forderte im besonderen die völlige Freiheit von Presse und Radio, von Versammlung und Vereinigung, die Abschaffung der tatsächlichen Vorrechte der Parteimitglieder, eine gründliche Verfassungsreform, die Gründung der Staatsgewalt auf den Volkswillen, die Selbstregierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, und was dergleichen umwälzender Neuerungen mehr waren. Die Partei- und Staatsführer wollten anfänglich lang nicht so weit gehen; sie kämpften – ich habe das seinerzeit hier namentlich für Dubcek festgestellt – auf zwei Fronten: gegen die Anhänger Novotnys wie gegen die «Linksradikalen», liessen sich dann aber durch die Kraft und Geschlossenheit der aus den Tiefen des Volkes aufgebrochenen Reformbewegung doch mehr und mehr mitreissen. Michel Bosquet kennzeichnet im «Nouvel Observateur» (Paris) die damalige Lage wohl richtig, wenn er schreibt: «Erst von Juli-August an wurde Dubcek wider Willen der Held einer Entwicklung, die ausserhalb von ihm durchgebrochen war und die der Druck und die Drohungen seitens der Sowjets noch beschleunigten. Es war ein grundlegendes Missverständnis: der Kreml nahm einen Mann aufs Korn, der schlecht und recht dem Druck aus dem Volk in der Richtung einer freimütigeren Demokratisierung widerstanden hatte. Als er aber angegriffen wurde, da wurde er für das Volk zum Sammelpunkt. Und um die Druckversuche von aussen abzuwehren, entschloss sich Dubcek zuletzt, sich seinerseits auf die Volksbewegung zu stützen, ohne doch ihr Gefangener zu werden.»

Kann man sich wundern, dass die Russen dann gerade die Volkstümlichkeit Dubceks benützten, um mit seiner Hilfe ihre Zwecke zu erreichen, und dass sich Dubcek ganz aufrichtig zu diesem Manöver hergab? Er wollte eigentlich auf dem Punkt stehen bleiben, der mit Novotnys Sturz im Januar

erreicht war, aber nicht so weit gehen, wie es das Aprilprogramm oder gar der «Radikalismus» der Juli-August-Bewegung wollte. Und wie Dubcek, so dachten die meisten der übrigen Partei- und Staatsführer. «Wir sind viel zu weit gegangen», sagten sie sich; «wir hätten Dinge wie die Aufhebung der Zensur niemals zugeben sollen. Das ist uns teuer zu stehen gekommen. Aber jetzt müssen wir halt alles tun, um die begangenen Fehler wiedergutzumachen und in engster Fühlung mit unseren brüderlichen Freunden in Moskau die Reformbewegung zu zügeln und ihre Begehren auf ein erträgliches Mass zu beschränken.»

Das ist es, was jetzt auch geschieht. Die ärgsten «Radikalinks» sind aus führenden Stellungen verdrängt oder – wie Smrkowsky – auf harmlose Posten abgeschoben worden; das Feld beherrschen die «Realisten», die den bürokratischen Zentralismus etwas mildern, aber keinesfalls eine wirkliche Demokratisierung und Sozialisierung dulden wollen.

Wird das gelingen? Die stürmische Jugend, die intellektuellen Schichten und ein Grossteil der Arbeiter sagen: Nein! Das Vorgefühl eines «Sozialismus mit menschlichem Angesicht», einer revolutionären Demokratie, hat sie derart berauscht, dass alle Beschwichtigungen und Aufrufe zu Ordnung und Nüchternheit sie nicht bewegen konnten, das hohe Ziel preiszugeben, das ihnen in den Monaten der nationalen Wiedergeburt vorgeleuchtet hatte. «Jan Palach soll sich nicht umsonst geopfert haben.» – Aber hat das tschechoslowakische Volk als Ganzes noch die Kraft, inmitten steigender wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Lebensnöte dem doppelten Druck der Besetzungsmacht und ihrer Werkzeuge im Partei- und Staatsapparat zu trotzen? Die Inflation ist ein zu wirksames Mittel, revolutionäre Gelüste zu dämpfen, als dass die einfachen Männer und Frauen des Volkes noch die sittliche und geistige Entschlossenheit aufzubringen vermöchten, die nötig wäre, um die sozialistisch-freiheitliche Bewegung des Frühjahrs und Sommers 1968 so schnell wiederaufleben zu lassen.

Eine grosse Gelegenheit ist dahingeschwunden, aus der Tschechoslowakei einen modernen, zugleich freiheitlichen und sozialistischen Staat zu machen – das ist sicher. Aber ist das ein endgültiges Schicksal? Mitnichten. Die Aufgabe, die in der Tschechoslowakei erkannt wurde, bleibt gestellt und wird sich in ganz Europa aufs neue stellen. Die Fremdherrschaft, die es verhindert hat, dass die Tschechoslowakei ihren eigenen Weg zum Sozialismus ging, wird früher, als wir es heute glauben können, doch abgeschüttelt werden, und zwar viel radikaler, als es 1968 versucht wurde: als Abschüttelung des ganzen scheinsozialistischen Gewaltsystems, das auf Osteuropa lastet. Und die scheinfreiheitliche Profit- und Ausbeutungswirtschaft, die den Westen zu einem Dschungel von Unmenschlichkeit, Hab- und Genussgier gemacht hat, hat gewiss die längste Zeit als vermeintliche Wohlstandsgesellschaft die Völker über ihr wahres Wesen täuschen können. Der jetzt scheinbar so selbstbewusst dastehende Spätkapitalismus ist wirklich nicht das letzte Wort. Er steht für den nicht an der glänzenden Oberfläche haftenden Beobachter schon längst in einer Lebens-, ja Verfallskrise, ruht er doch auf einer durch und durch unsittlichen, widermensch-

lichen Grundlage. Wäre die sozialistische Bewegung nicht so verzweifelt ratlos und verwirrt, wäre sie nicht entweder verbürgerlicht und verderbt oder dann in gewalttätig-bürokratischer Entartung erstarrt, sie hätte es viel leichter, als man so oft meint, die neue Ordnung menschlichen Gemeinschaftslebens aufzubauen, die ihre besten Vertreter erstreben.

In der Tschechoslowakei ist wenigstens der Versuch gemacht worden, eine solche Ordnung aufzurichten, die dem übrigen Europa als Muster dienen könnte. Er ist vorderhand gescheitert; aber er kann und muss jetzt als Ansporn dienen, um Lösungen für die grossen Aufgaben vorzubereiten, die greifbar und drängend vor uns stehen: Sozialismus für ein wirtschaftlich und technisch entwickeltes Land; Ausbildung einer wirklichen Führerschaft im Kampf um die Überwindung des Kapitalismus; Verhinderung einer neuen Entartung der Führerschaft zu einem seelenlosen Apparat; Verbindung von Selbstregierung des Volkes von unten her mit einem Mindestmass an Wirtschaftsplanung von oben; wirkliche Hilfe für die unterentwickelte, das heisst ausgebeutete «Dritte Welt», die ihr Ernährungsproblem nicht selber lösen kann; damit in Zusammenhang Freiheit von Kriegsdrohung und Gewährleistung des friedlichen Zusammenlebens der Völker – um nur mit ein paar Stichworten anzudeuten, was wir meinen. Die Grösse und Schwere der Aufgaben ist kein Grund, sich nicht an sie heranzuwagen; die Tschechen und Slowaken haben den Mut gehabt, sich ihnen zu stellen – sollten wir nicht ihnen unseren Dank dadurch abstatthen, dass wir die Fackel aufnehmen und weitertragen, die sie entzündet haben, und ihnen in gemeinsamem Kampf das zu geben suchen, was sie allein und von brutaler Übermacht niedergeworfen nicht zu erreichen vermochten?

Israel im Umbruch

Nun aber zur *Israelfrage*. Von ihrer Lösung ist jetzt, zumal nach dem Anschlag auf ein israelisches Flugzeug in Zürich-Kloten und im Zusammenhang mit den israelischen Angriffen auf arabische Kleinkriegslager, wieder mehr als je die Rede – aber eben, es ist nur Gerede. Sachlich kommen all die Pläne, die da entwickelt werden, um kein Haar weiter, solang die beiden Kampfparteien starr auf ihren bekannten Ausgangsstellungen beharren. Die arabischen Staaten verlangen nach wie vor die bedingungslose Räumung der Gebiete, die Israel im Sechstagekrieg gewonnen hat; erst dann könne man irgendwie weitersehen. Israel aber ist – und mit Recht – überzeugt, dass die arabischen Regierungen gar nicht daran denken, Israels Lebensrecht anzuerkennen, wenn es seine Truppen aus den besetzten Gebieten zurückgezogen habe; ihnen komme es im Gegenteil nur darauf an, ihr Ziel, Israel zu vernichten, unter günstigeren Bedingungen als 1967 anzustreben, stehe doch die Sowjetunion mit ihren Waffenlieferungen jetzt fest entschlossen hinter ihnen, während Frankreich offen von Israel abgerückt sei und die Vereinigten Staaten mindestens eine unklare Haltung gegenüber Israel einnahmen.

Gleichzeitig sind aber sowohl die Sowjetunion als die Vereinigten Staaten in Sorge, sie könnten durch die zunehmende Angriffigkeit der ara-

bischen Terrorbewegung (besonders von Al Fatah) und entsprechend massive israelische Vorbeugungs- und Abwehrschläge – vielleicht sogar mit den Atomwaffen, die Israel sicher hat – wider Willen in einen neuen Nahostkrieg, ja einen dritten Weltkrieg, hineingerissen werden. Jedenfalls arbeiten die beiden «Supermächte» ernstlich auf eine Pause im israelisch-arabischen Kleinkrieg hin, in der Hoffnung, es werde sich, vielleicht durch eine direkte Fühlungnahme zwischen Israel und Al Fatah, doch ein für beide Teile annehmbarer Kompromiss erreichen lassen. Benützen daher wir unsererseits die Pause dazu, der Israelfrage etwas tiefer auf den Grund zu gehen, als es in den letzten Monaten möglich war.

Wir – das heisst diejenigen unter uns, die hier der gleichen Meinung sind wie der Schreibende – führen gewöhnlich zwei hauptsächliche Gründe dafür an, dass wir *Israel* in seinem Kampf um Leben oder Tod gegen die arabische Welt *verteidigen*. Vor allem halten wir es für richtig und notwendig, dass die Juden, die jahrhundertelang von «Christen» so unerhört gemartert wurden und in Hitlers «Tausendjährigem Reich» sechs Millionen Volksgenossen auf die entsetzlichste Art verloren haben, endlich eine gesicherte *nationale Heimstätte* haben müssen, die zugleich geistiger Mittelpunkt für das ganze Weltjudentum sein kann. Sodann aber hoffen wir, dass in dieser Heimstätte die Juden, wenn auch in verweltlichten Formen, ihre weltgeschichtliche Aufgabe wenigstens einigermassen erfüllen können: im Geist ihrer Propheten für die Aufrichtung eines Reiches der *Gerechtigkeit* und des *Friedens* auf Erden zu wirken. Halten diese Gründe für unser Einstehen zugunsten eines «Judenstaates» im Nahen Osten ange-sichts der inneren Entwicklung stand, die Israel seit seiner Gründung durchzumachen begonnen hat?

Diese Frage drängt sich einem immer wieder auf, wenn man das nun auch in deutscher Übersetzung vorliegende Buch des französischen Juden *Georges Friedmann* «Das Ende des jüdischen Volkes?» liest (Rowohlt-Verlag, Hamburg, 273 Seiten). Friedmann, ein Soziologe und Psychologe von hohem Rang, gibt uns einen Tatsachenbericht über Israel, der – es ist kaum zuviel gesagt – einzig in seiner Art ist und von all denen zur Kenntnis genommen werden sollte, die sich tiefer mit der Israelfrage beschäftigen. Ich erlaube mir darum, heute im Rahmen der Weltrundschau wenigstens stichwortmäßig die Hauptgedanken dieser Studie wiederzugeben, die einen ungeheuer reichen und vielseitigen Stoff in meisterlicher, nicht nur gut lesbarer, sondern recht eigentlich spannender (und vielleicht auch stossender oder doch ernüchternder) Form vor uns ausbreitet.

Israel ist zunächst – das bestätigen uns alle, die es besuchen – ein wohl beispiellos dastehender Schmelziegel (wenn auch der Ausdruck missverständlich sein mag). In diesem Ländchen, das nur halb so gross ist wie die Schweiz, dessen Bevölkerung sich aber seit der Staatsgründung (1948) vierfacht hat und heute etwa 2,6 Millionen zählt, wachsen Einwanderer aus 102 Ländern zu einer immer schneller fortschreitenden Einheit zusammen, die einen ganz neuen Menschenschlag erzeugt hat. Was diese Menschen in Israel gesucht und was sie gefunden haben, ist ganz verschiedener, ja wider-

spruchsvoller Art. Eines aber empfinden sie fast alle: es ist ein neues Leben, in das sie eingetreten sind, ein Abenteuer von erregender, häufig gefährvoller Spannung – wie beispielsweise das Erlebnis jener gut bürgerlich verheirateten Schweizer Jüdin, die nur zu Besuch nach Israel gekommen war, dann aber kurzerhand dableib, eine verantwortliche Stellung im Staatsdienst annahm, statt «daheim» ein behagliches, aber langweiliges Da-sein zu führen, und sich damit begnügt, jeden Sommer ihre Familie in der Schweiz wiederzusehen. «In Israel gibt es solche Erscheinungen im Überfluss», sagt Friedmann. Eine grosszügige, planmässige Erziehungsarbeit formt all die Hunderttausende, die nach Israel auswanderten, mindestens so erfolgreich um, wie das seinerzeit in den Vereinigten Staaten der Fall war. Die Hebräisierung, das Lehren und der Gebrauch der neuhebräischen Sprache, spielt dabei natürlich eine Hauptrolle. Das ganze geistige und auch körperliche Gehaben der Menschen wird von Grund auf umgewandelt – eine ungeheure Leistung, namentlich wenn man bedenkt, dass die Einwanderer aus asiatischen und nordafrikanischen Ländern an Zahl und Bedeutung gegenüber denjenigen aus Europa immer stärker zunehmen. Von den Schwierigkeiten, die diese Verschmelzung der Einwanderermassen zu einer eigenständigen Nation mit sich bringt, sei später die Rede. Hingegen sei gleich hier vermerkt, dass nach völlig übereinstimmenden Zeugnissen so gut wie alle Einwanderer (und «Eingesessenen») aus allen Ländern wie *ein* Mann aufstehen, wenn es gilt, ihre neue Heimat gegen äussere Feinde zu verteidigen.

Wichtiger und zugleich fragwürdiger erscheint aber ein anderes Kennzeichen des neuen Israel: seine *wirtschaftlich-soziale «Verwestlichung»*, sein Eintritt in die westeuropäisch-amerikanische Wohlstands- und Überflussgesellschaft im Sinne der kapitalistisch-materialistischen Zivilisation und Lebensweise. Wir können die Kräfte, die zu dieser Entwicklung geführt haben, hier nicht weiter klarlegen; begnügen wir uns mit Friedmanns Feststellung des Ergebnisses: «Aus der einseitigen, vorwiegend agrarischen Wirtschaft der Mandatszeit ist innerhalb von 15 Jahren eine vielseitige, pluralistische Wirtschaft geworden, mit einem sich ständig vergrössernden privaten Sektor, einer Gruppe von Industriellen und Kaufleuten, die grosse Gewinne erzielen, einer Hierarchie von Technikern und Kadern, deren obere Schichten eine ganze Skala von Vergünstigungen und Privilegien für sich beanspruchen.» Es sei Tatsache, dass die gegenwärtige Hochkonjunktur «mit einer Lockerung der Sitten Hand in Hand geht, mit angreifbaren Praktiken in der Geschäftsführung, bei der Steuererklärung und bei der Bilanzaufstellung». Es ist – mit anderen Worten – die ausgesprochen kapitalistische «Moral», die auch in Israel reissend schnell um sich greift, verbunden mit einer Massenkultur, einer Jagd nach Vergnügen, Geldmachen und Lebensgenuss, wie sie für alle modernen Länder kennzeichnend ist, auch mit der Entstehung «eines ungebildeten und nicht qualifizierten städtischen Proletariats, das von seinen kulturellen Wurzeln abgeschnitten und für die Massenmedien besonders aufgeschlossen ist».

Israel wird so mehr und mehr ein Land mit einer Gesellschaft «wie

alle anderen», ja in mancher Beziehung mit einer gesellschaftlichen Verfassung, die besonders anfechtbar ist, sagte doch ein Theoretiker der politischen Linken geradezu, Israel sei «das einzige Land der Welt, in dem eine Regierung, die sich sozialistisch nennt, mit ihren eigenen Händen einen immer weiter um sich greifenden Kapitalismus schafft». Eine der hauptsächlichen Entschuldigungen für diese Politik ist natürlich die dauernde Lebensgefahr, in der Israel als Staat und Volk steht und die die Regierung vermeintlich zwingt, die Entwicklung zum modernsten Kapitalismus immer weiterzutreiben und alles sich anbietende Kapital – besonders das von amerikanischen Juden kommende – in den Dienst der Verteidigung eines Landes zu stellen, das so auch alle militärischen Erfordernisse – des Wettrüstens, der Geheimdienste, der Vergeltungsschläge usw. – erfüllen muss.

Sozialistische Gegenkräfte Es ist selbstverständlich, dass unserer dieser ganze Hinwendung Israels zu Kapitalismus und Militärstaat mit Betrübnis zur Kenntnis nehmen muss. Nicht die Hinwendung zu Industrialisierung und Technisierung an und für sich, die unvermeidlich ist, aber den *Geist*, in dem die wirtschaftliche Modernisierung und Normalisierung Israels geschieht. Ist das nicht eine Herausforderung an all die Bewegungen und Kräfte, die im Geiste der altjüdischen Propheten, wenn auch unter bewusster Ablehnung des Gottesglaubens, neue Formen sozialer Gerechtigkeit und würdigen Menscheniums zu schaffen suchen? Ja, ist es nicht ein schreiender Widerspruch zur einzigartigen weltgeschichtlichen und menschheitlichen Berufung Israels, die doch hinter der Gründung des jungen Staatswesens steht, ob man sie nun religiös oder weltlich auffasst und erfüllen will? Es ist ein Widerspruch; darüber kommt man nicht hinweg. Und die Gegenkräfte zu der angedeuteten Entwicklung sind denn auch durchaus lebendig und tätig. Auch in der verweltlichten *sozialistischen* Bewegung.

Da sind zunächst die mehr oder weniger sozialistisch-kommunistischen *landwirtschaftlichen Siedlungen*, die in den ersten Jahrzehnten der Einwanderung eine so grosse Rolle spielten. Angefangen vom Moschaw Owedim, dem Genossenschaftsdorf der Kleinbauern, über den «gewöhnlichen» Moschaw, in dem besonders die «orientalischen» Einwanderer zusammengefasst sind, und den wenig verbreiteten Moschaw Schitufi bis zum berühmten Kibbuz findet man in diesen Siedlungen alle möglichen Formen und Stufen kollektivistischer Denk- und Lebensweise verwirklicht. Am wichtigsten ist unstreitig die *Kibbuz-Bewegung*. Friedmann bezeichnet sie geradezu als den «kühnsten Vorstoß in Richtung auf die soziale Utopie, den Menschen je unternommen haben». Die Satzung der Kibbuzim erklärt alle Wirtschaftsmittel, alle Nahrung und alles Verteidigungsmaterial zum Gemeineigentum, lässt persönlichem Ehrgeiz und Streben nach Geld und Macht oder nach Behagen für die eigene Familie grundsätzlich keinen Raum und anerkennt für alles Tun und Handeln nur den Willen zur Verwirklichung des Gemeinschaftsideals. In der Wiedererschliessung Palästi-

nas, das von Arabern und Türken so lange Jahrhunderte grausig vernachlässigt worden war, im Kampf gegen die Naturgewalten und in der Neubesiedlung des Landes haben die Kibbuzim eine entscheidende Rolle gespielt. Ihre Arbeitsleistung ist auch heute noch weit überdurchschnittlich hoch, und sie haben es tatsächlich fertiggebracht, dass sich auf ihrem Boden ein neuer Menschenschlag gebildet hat, der höchste sittliche Werte und Eigenschaften verkörpert und dessen Vertreter sich von dem Durchschnittsmenschen der «anderen Gesellschaft» in den Städten, den Fabriken, den Büros unterscheidet wie der Tag von der Nacht.

Aber ihrer Weiterentfaltung sind doch recht enge Grenzen gesetzt. Trotz ständiger Zunahme der Kibbuzbevölkerung ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zurückgegangen, was freilich zum Teil der Abnahme der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung innerhalb Israels überhaupt (bis auf heute 13 Prozent) entspricht. Aber der Anreiz, der von den Kibbuzim auf die Neueinwanderer und besonders auf die jüngeren Jahrgänge ausgeht, schwindet ganz offenkundig immer rascher. Bei allen Verbesserungen des Lebens im Kibbuz sagt das kommunistische Ideal, dem hier nachgelebt wird, dem modernen Israeli ganz allgemein so gut wie gar nichts mehr, und die Kibbuzmitglieder selber haben Mühe, sich vor der Ansteckung durch die «amerikanisierte» Lebensform zu schützen. Mosche Dajan spricht gewiss für einen grossen Teil der israelischen Bevölkerung, wenn er erklärt, dass die alten sozialistischen Ideale «ganz einfach nichts mehr zu suchen haben unter dem Menschentyp, der heute in Israel lebt». Dazu kommt noch, als besonders schwerwiegend, die zunehmende Beschäftigung von Lohnarbeitern in den gewerblichen, aber zum Teil auch den landwirtschaftlichen Betrieben der Kibbuzim; sie dürfte im Durchschnitt kaum weniger als 20 Prozent der gesamten Arbeitskräfte betragen. Der Widerspruch der Lohnarbeit zu den tragenden Grundsätzen der Kibbuzim, die jede Ausbeutung von Menschen durch Menschen ausschliessen, liegt auf der Hand und wird nur schwer mit dem Kibbuzgedanken irgendwie zu vereinbaren sein. Friedmann glaubt darum, der Kibbuz werde trotz dem Adel seines sittlichen Ideals und trotz seinen tüchtigen wirtschaftlichen Leistungen auf die Länge nicht lebensfähig bleiben, wenn er sich nicht den neuen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und seelischen Daseinsbedingungen anpasse, ohne doch seinen innerlichen Schwung zu verlieren. Wenn sich die israelische Gesellschaft auf lange Sicht in entgegengesetzter Richtung zum Kibbuzexperiment bewege und der sozialistische Abschnitt der Volkswirtschaft immer mehr zurückgehe, wenn also Israel mehr und mehr «ein Modell des modernen Kapitalismus im Vorderen Orient» werde, dann seien die Kibbuzim dem Untergang geweiht.

Wie steht es aber mit den Aussichten der Gemeinwirtschaft in *Industrie*, Dienstleistungsgewerben und Handel? Hier beherrscht neben den Unternehmungen der «öffentlichen Hand», wie man weiss, die *Histadrut* das Feld. Man hat sie sogar als den «Inbegriff des israelischen Sozialismus» bezeichnet. Allein dieser Ausdruck wird der Organisation der Histadrut doch so wenig gerecht wie dem Geist, in dem sie arbeitet. Als Gewerk-

schaft mit zionistischen Idealen gegründet, stellt sie keineswegs nur die Interessenvertretung der israelischen Arbeiter und Angestellten dar; sie ist auch fast alleinige Trägerin der Sozialversicherung und betreibt ausserdem eine grosse Zahl von Wirtschaftsunternehmungen aller Art. Mit ihren sozialen Leistungen betreut sie etwa zwei Dritteln der jüdischen Bevölkerung, und von der gesamten werktätigen Bevölkerung Israels sind nicht weniger als neun Zehntel in ihr zusammengefasst. An kollektivistischen Unternehmungen unterstehen der Histadrut einerseits selbständige Genossenschaften der Landwirtschaft, des Verkehrswesens, des Handels und des Bankwesens, anderseits gewerbliche und industrielle Unternehmungen mit Gemeineigentum, also «volkseigene Betriebe», wie man in der ostdeutschen Republik sagt. Die berühmteste Gesellschaft dieser Art ist die Solel Boneh, die sich im Bau von Wohnungen, Hafenanlagen und dergleichen betätigt. «Man glaubt zu träumen», schreibt der Verfasser unseres Buches, «wenn man diese Werften, die Fabriken, diesen Hafen von Haifa besucht, deren Arbeiter sämtlich die Gewerkschaft zum „Chef“ haben, wenn man erfährt, dass die Solel Boneh Niederlassungen in Rangun, Addis-Abeba, Teheran, Nigeria hat, dass der Gesamtumsatz ihrer drei Zweige nahe bei 200 Millionen Dollar liegt – und das alles besitzt und verwaltet eine Gewerkschaftsorganisation.»

Aber von Sozialismus ist eben hier wenig genug zu spüren. Ob die Arbeitsbedingungen und sozialen Einrichtungen der Histadrut besser sind als in der Privatwirtschaft, bleibe dahingestellt. Auf keinen Fall besteht in ihren Betrieben wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, und Konflikte zwischen Arbeitern und Direktion unterscheiden sich darum nicht wesentlich von denen in der kapitalistischen Wirtschaft. Streiks und Streikdrohungen sind häufig. Die auf dem Papier vorgezeichnete Schlichtungsmaschinerie der Histadrut ist stark zentralisiert und bürokratisch und hat sich den neuen Bedingungen der Wirtschaft und des Bevölkerungsaufbaus zu wenig angepasst. Dass die Histadrut eine echte Vertretung der Arbeiter sei, kann nach Friedmann unmöglich behauptet werden. «Diese Vorstellung wird durch die Tatsachen mehr und mehr Lügen gestraft.» Die Histadrut ist vielmehr eine Massenorganisation, die von Staats wegen die Produktion steigern und planen, die Arbeiter ausbilden und sie im Zügel halten soll. Die Direktoren ihrer Unternehmungen werden, wie ein Privatunternehmer sagte, selber immer mehr zu «Arbeitgebern»; «sie haben einsehen müssen, dass sie rentabel wirtschaften müssen, dass es ohne regelmässige Arbeit, eine leistungsfähige Belegschaft usw. nicht geht». Kein wirkliches Lob von *dieser* Seite!

Für die israelische Linke ist trotz alledem die Histadrut die grosse Hoffnung des Sozialismus geblieben. Aber es ist eben vorderhand nur eine Hoffnung. Die Mehrheit der Bürger Israels steht bewusster als je auf dem Boden der «freien Privatwirtschaft» und spricht den Unternehmungen des öffentlichen und des kollektiven Wirtschaftssektors wegen ihrer geringeren Leistungen und ihrer Langsamkeit bei der Einführung neuer Industrien

die Fähigkeit ab, die Wirtschaft so rasch auszuweiten und vorwärts zu bringen, wie das nun einmal notwendig sei ...

Um Israels Zukunft

Die israelischen Sozialisten stehen in ihrem Kampf gegen die Aufweichung der ihrem Volk bestimmten Lebensform durch den «American way of life» nicht allein. Sie haben die besten Vertreter der jüdischen Geistigkeit auf ihrer Seite. «Die Überflussgesellschaft nach amerikanischem (oder europäischem) Vorbild», so lässt Friedmann einen ihrer Sprecher sagen, «wird den Geist des Judentums ebenso gewiss aussterben lassen wie ein neuer Götzendifenst... Gemeinschaften von ‚glücklichen‘, satten, in Israel und in der Diaspora durch eine technisierte Umwelt geformten, durch sie bestimmten Menschen, bar jeden prophetischen Impulses, jeden Hauchs von Messianismus, werden nur noch den Kadaver des Judentums darstellen. Ein Jude, der im Komfort und seinen ‚Knopfdruck‘-Annehmlichkeiten schwelgt und Tag für Tag, im Halbschlaf behaglich stöhnend, sein Wohlbefinden geniesst, ist kein Jude mehr.» Ein scheinbar schroffes, aber tatsächlich nur zu verständliches Urteil! Denn die Juden insgesamt leben grossenteils schon lang nur noch von dem religiösen Kapital, das sie Jahrtausende lang angesammelt haben. Was sie an Grossem geleistet haben und was sie durch alle Verfolgungen hindurch am Leben erhalten hat, das war nur möglich dank ihrem religiösen Glaubensschatz, stellt also gewissermassen die Zinsen dieses geistigen Kapitals dar. Ist aber das Kapital einmal im Schwinden, dann versiegen nicht allein die Zinsen, sondern es rückt auch der Zeitpunkt heran, da das Kapital vollends ganz aufgebraucht sein wird, und die Juden werden sich von den selber nicht aus dem Glauben lebenden Völkern überhaupt nicht mehr viel unterscheiden.

Für Israels Sozialisten ist dieser Vorgang von besonderer Bedeutung, führen sie doch ihren Kampf wider die Verwestlichung und Materialisierung in höchst lebendigen Formen und mit sehr greifbaren Zielen. Und sind mit Recht überzeugt, dass sich Wohlstand für alle, Freiheit von Mangel und Unbildung, harmonische Entfaltung aller wertvollen menschlichen Anlagen ohne Gewinnstreben, Ausbeutung und groben Lebensgenuss verwirklichen lässt. Liegt da aber nicht der Gedanke nahe, die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft sei *im Bund mit der Religion* zu erstreben, aus der von jeher die stärksten und tiefsten Antriebe der sozialistischen Bewegung kamen? Auf dem Boden der «christlichen» Länder haben das ja nicht wenige Sozialisten – und sogar Kommunisten – entdeckt, nachdem man umgekehrt in den Kirchen entdeckt hatte, dass die Botschaft Jesu umwälzende Forderungen auch an das menschliche Gemeinschaftsleben stellt. Sollte sich ein ähnlicher Vorgang nicht auch in *Israel* vollziehen? Ist beispielsweise das Bestehen einer wenn auch sehr kleinen Anzahl religiöser Kibbuzim nicht der Vorbote einer umfassenden Durchdringung sozialistischer Wirtschafts- und Lebensformen mit dem Geist der altisraelitischen Propheten?

Wer so etwas für Israel erhoffen sollte, würde den Charakter der jüdi-

schen Religion, so wie sie sich heute im Lande der Bibel darstellt, gründlich verkennen. Sie trägt ja alle Züge einer *Nationalreligion*, die in den Formen einer Volksgemeinschaft, wie sie vielleicht vor 3000 Jahren möglich waren, erstarrt, in Buchstabenglauben und Kasuistik veräusserlicht und ausgesprochen nationalistisch verengert ist. Als solche hat sie einen Bund mit dem tatsächlich durchaus weltlich ausgerichteten Staat geschlossen, der dadurch scheinbar das Wesen einer Theokratie angenommen hat, getragen von einer strenggläubigen, aber verhältnismässig bescheidenen Minderheit der Bevölkerung. Befolgung der Speisegebote, Sabbatheiligung, Ablehnung der Zivilehe und natürlich der Mischehen und eine Menge anderer jüdisch-religiöser Vorschriften kennzeichnen diese Verbindung von Regierung und Synagoge, die für beide Teile ebenso verhängnisvoll und nur Heuchelei erzeugend ist wie jede Verbindung von Staat und Kirche auf christlichem Boden. Vom Staat aus gesehen ist sie lediglich eine Angelegenheit politischer, zum Teil sogar parteipolitisch-parlamentarischer Taktik; sie erlaubt aber der reaktionären Orthodoxie einen Einfluss und eine Machtausübung, die in keinem Verhältnis zu ihrem Rückhalt im Volk und auch in der Volksvertretung stehen.

Die grosse Mehrheit des israelischen Volkes lehnt innerlich diese Scheintheokratie völlig ab; ja, sie hat sich der Religion selbst mehr und mehr entfremdet, so dass sich Judentum in irgendwie geistig-religiösem Sinn und Israeltum längst nicht mehr decken. Besonders die heutige Jugend Israels, aber auch der grösste Teil der erwachsenen Sabras – der bereits im Lande Geborenen –, die schon jetzt einen Drittteil der Gesamtbevölkerung ausmachen, zahlreiche Neueinwanderer, namentlich aus Vorderasien und Nordafrika – sie sind dermassen stark unreligiös gestimmt, dermassen «entjudet», dass man oft gesagt hat, Israel sei heute nur noch «*ein Land, bewohnt von einer Grosses leistenden Bevölkerung hebräischsprechender Gojim*» (Nichtjuden). Und eine ähnliche Entwicklung hat auch die Judenheit in der Welt draussen genommen; sie gleicht sich immer stärker der Denk- und Verhaltensweise ihrer Wohnländer an, und wenn sie auch noch teilweise zur Synagoge hält und durch grosszügige Geldspenden und womöglich Besuche in Israel ihre Verbundenheit mit dem «Land der Väter» bekundet, so ist sie doch weit davon entfernt, in Israel den Mittelpunkt des Weltjudentums zu sehen oder gar dorthin auszuwandern – zum grossen Leidwesen auch der nichtreligiösen Israelis und ihrer Regierung, die so stark auf neuen Zuzug aus der Judenschaft der Zerstreuung angewiesen sind. (Die mindestens drei Millionen Juden in der Sowjetunion, die nur zu gern auswandern würden, es aber nicht dürfen, sind ein besonderer Fall.)

Georges Friedmann legt eine Fülle von Stoff zum Beleg für diese ganze Entwicklung vor; ich konnte hier nur die Tatsachen selbst in äusserster Knappheit verzeichnen. Man kann sich aber fragen, ob der Entjudung Israels und der Diaspora nicht durch eine gründliche Religionsreform und die Aufhebung des theokratischen Staates gewehrt werden könnte. Eine Erklärung der religiösen Neutralität des Staates ist natürlich möglich und wird wohl früher oder später kommen. Aber eine Religionsreform, die für

die Volksmehrheit annehmbar wäre – nein. Alle derartigen Versuche mit einem liberalen oder auch nur konservativen Judentum sind bisher gescheitert, und sie werden weiterhin scheitern. Die Orthodoxie wird bleiben, auch wenn sie nicht mehr Staatsreligion sein wird – oder es wird überhaupt keine jüdische Religion mehr geben. Volk und Religion sind für das strenggläubige Judentum seit Anbeginn der Erwählung Israels so untrennbar eins, dass ein Verschwinden der Religionsübung in ihren althergebrachten Formen auch das Verschwinden des jüdischen Volkes bedeuten müsste. Das ist die grosse Stärke der Orthodoxie, die aber ihrer grossen Schwäche – der inneren und äusseren Unmöglichkeit einer jüdischen Nationalreligion – nicht Herr zu werden vermag, trotz ihrer messianischen Ausrichtung und weltumfassenden Heilserwartung.

Auf jeden Fall wird das jüdische Volk im hergebrachten Sinn bei Fortsetzung des bisherigen Weges mehr und mehr einer israelischen Nation Platz machen, die sein wird «wie alle anderen Nationen», die keinen religiösen Sozialismus, Demokratismus und Internationalismus zu Hilfe rufen kann, um sich gegen Verwestlichung und Verweltlichung zu wehren, vielmehr allem Messianismus entsagt und, statt der Menschheit den Frieden zu bringen und die Schwerter zu Pflugscharen umzuschmieden, ihr nacktes Dasein durch Waffengewalt verteidigen und ihre Jugend im Gebrauch der verheerendsten Kriegstechniken schulen muss. Ob ein solcher Staat, der seine grossartige Sendung verleugnet und den Glauben daran als veraltete Ideologie verächtlich abtut, auf weitere Sicht Lebensrecht und Lebenskraft hat, hängt nicht davon ab, ob er seine heutige militärische Überlegenheit über den arabischen Feind bewahren kann, der ihm die völlige Vernichtung androht. Es hängt davon ab, ob er doch noch den Weg beschreitet, den Jesus *seinem* Israel angeboten hat. Das ist wenigstens seit langem meine persönliche Überzeugung, der aber die andere Überzeugung entspricht, dass zuvor die «Christen» selbst diesen Weg annehmen müssen, sie, die Christus täglich verraten und kreuzigen und wahrlich keinen Grund haben, auf die Juden Steine zu werfen. Auf *diesem* Weg allein wird der jüdische Messianismus und Sozialismus seine Erfüllung finden.

6. März

Hugo Kramer